

Thomas Ahbe

Ostalgie

Zum Umgang
mit der
DDR-Vergangenheit
in den
1990er Jahren

(Foto: Bundesbildstelle)

ISBN 3-931426-96-3



Ostalgie

Zum Umgang
mit der DDR-
Vergangenheit
in den
1990er Jahren

Thomas Ahbe

Sonderausgabe
für die Landeszentrale für
politische Bildungsarbeit Berlin

Dr. Thomas Ahbe ist Sozialwissenschaftler und freier Publizist in Leipzig.

Buchveröffentlichungen u. a.:

Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne.
(Zus. mit Heiner Keupp, Wolfgang Gmür, u.a.) Rowohlt 1999, erw. Aufl. 2002,

Es kann nur besser werden. Erinnerungen an die fünfziger Jahre in Sachsen.
(zus. m. Michael Hofmann) Gustav Kiepenheuer Verlag 2001,

Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur.
(Hrsg. zus. m. Rainer Gries und Annegret Schüle. Leipziger Universitätsverlag.
(ersch. 2005).

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar.
Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt, www.thueringen.de/de/lzt
Herstellung: Druckerei Sömmerda GmbH
2005
ISBN 3-931426-96-3

Inhalt

Einleitung	5
Eine unerhörte Begebenheit	6
Ostalgie – Facetten eines Phänomens	7
Das Verschwinden von Symbolen der DDR-Vergangenheit	9
Die friedliche Revolution 1989/1990: Spontane Demontage der DDR-Symbole	10
Die Währungsumstellung 1990: Schlagartiges Verschwinden der DDR-Produktwelt	15
Der Beitritt zur Bundesrepublik 1990: Demokratisch legitimierte Beseitigung der DDR-Symbole	19
Die Transformation der Arbeitswelt	26
Die Verschrottung des „gelebten Lebens“	26
Von „Jammer-Ossis“ und „Besser-Wessis“	31
Verlusterfahrungen	34
Die populäre Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit: Von „40 Jahre betrogen“ zu „Es war nicht alles schlecht“	36
Die Zwischenbilanz der Vereinigung: Ostdeutsche Gewinne und Verluste im Spiegel der Statistik	37
Ostalgie – Das Wiederauftauchen von Symbolen der DDR-Vergangenheit	41
Die Praktiken der Bevölkerung zur Selbstvergewisserung	42
Ostalgie als Resultat einer besonderen Kommunikationssituation	42
Ostalgie-Partys: Nachholende Verabschiedung der DDR und Selbstvergewisserung in der Gegenwart	43
Die Werbebotschaften der Ostprodukte: „Aus dem Osten, daher gut!“	45
Die Ampelmännchen-Industrie: Das Geschäft mit der Erinnerung	54
Die mediale Kommerzialisierung: Von der Ostalgie-Party zur Ostalgie-Show	57

Fernseh-Shows als Politikum	59
Bilanz eines Diskursereignisses	60
Zusammenfassung: Die Ostdeutschen und das Bild vom Osten nach 1990	63
Erläuterungen	67

Die Währungsumstellung 1990: Schlagartiges Verschwinden der DDR-Produktwelt

Am 18. Mai 1990 schlossen die Bundesrepublik und die DDR den „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen De-

mokratischen Republik“ ab. Darin hieß es: „Mit Wirkung vom 1. Juli 1990 wird die Deutsche Mark als Währung in der Deutschen Demokratischen Republik eingeführt.“⁴ In den Jahren zuvor hatte die D-Mark in der DDR als eine Art zweite Währung fungiert. Grundnahrungsmittel und andere Güter des elementaren Bedarfs wie Wohnen oder Kleidung waren in der DDR subventioniert, während andere Warengruppen gewissermaßen mit Verbrauchssteuern belastet wurden. Dadurch kostete ein Fernsehgerät dreimal soviel wie im Westen, dagegen ein Laib Brot nur ein Sechstel. Die Miete von Wohnungen mit zum Westen vergleichbarer Qualität betrug im Osten nur ein Viertel des entsprechenden Westniveaus.⁵ Unter



(Foto: Bundesbildstelle)

Schaufenster am Alexanderplatz in Berlin am Tag der Währungsunion.

diesen Bedingungen konnten jene DDR-Bürger, die über D-Mark verfügten, Importwaren aus dem Westen oder aber auch in der DDR schwer zu erlangende Dienstleistungen zukaufen – während andere Teile der DDR-Bevölkerung von diesen Konsummöglichkeiten abgeschnitten blieben. Folglich stellten sich große Erwartungen, ja Euphorie ein, nachdem der Termin für die Währungsunion bekannt geworden war. Die DDR-Bürger gingen davon aus, dass das begehrte „Westgeld“ nun monatlich auf ihre Konten fließen und all die bekannten und unbekanntenen „Westprodukte“ nun überall angeboten werden würden. Im Osten verschaffte die Ankündigung der Währungsunion dem Projekt des raschen Beitritts der DDR und der Übernahme des bundesdeutschen Systems einen enormen Zuspruch. Skeptische und kritische Stimmen zu der geplanten Art der Währungsumstellung blieben in der Minderheit. Konzepte, die auf die Reformierung der ostdeutschen Gesellschaft im Rahmen einer deutsch-deutschen Konföderation abzielten, verloren weiter an Attraktivität.

In den Tagen vor der Währungsumstellung räumte der Handel seine Verkaufsflächen und Lager von den, wie man meinte, künftig nicht mehr absetzbaren DDR-Produkten. Am Freitag, dem 29. und am Samstag, dem 30. Juni 1990, konnte man durch Verkaufsstellen mit nahezu völlig geleerten Verkaufs-

flächen und Regalen gehen. Die Schaufenster waren ausgeräumt oder verhängt.

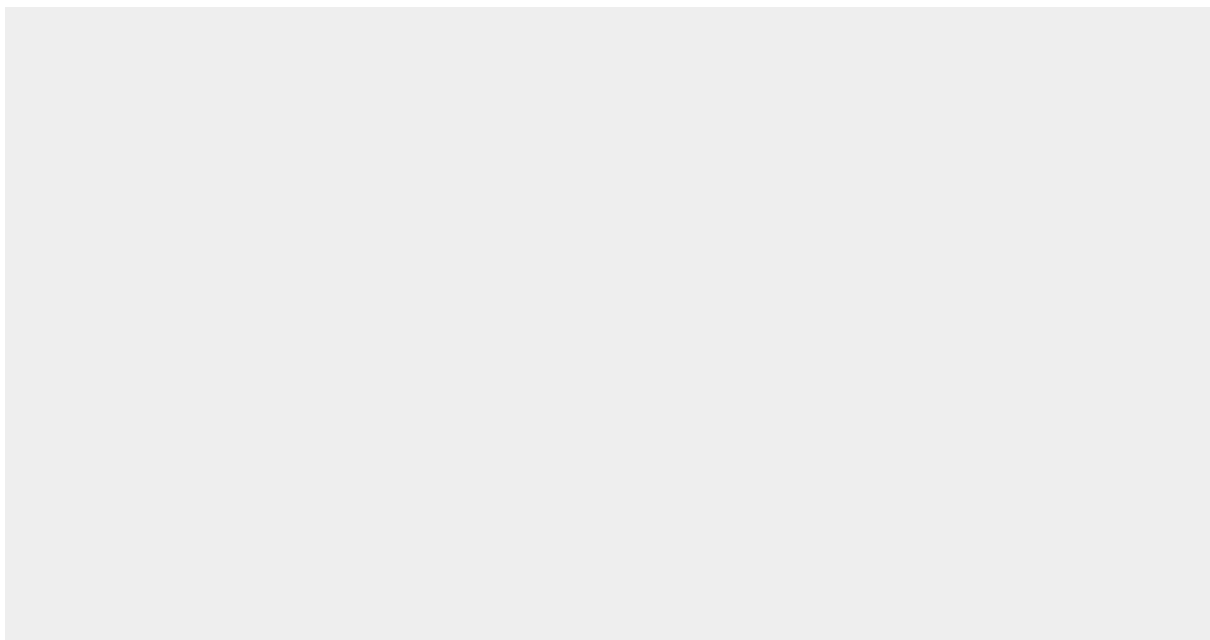
Der Tag der Einführung der D-Mark wurde von vielen Ostdeutschen euphorisch begrüßt. Gefeierte wurde die Erwartung, dass die gewohnten Lohn- und Gehaltszahlungen von nun an in D-Mark erfolgen und dass die DDR-Mark-Sparguthaben in einem Kurs von 2:1 umgetauscht würden. Die Währungsunion bedeutete für viele Ostdeutsche die Aufnahme in den Club der mündigen Konsumenten. Sie mussten sich beim Kaufen nur noch nach den eigenen finanziellen Mitteln, aber nicht mehr nach politisch definierten Subventions- und Verteilungskriterien richten. Am Montag, dem 2. Juli 1990, war *überall und mit einem Schlag* ein komplett erneuertes Warenangebot in den Geschäften. Die aufgelisteten und bisher unbefriedigt gebliebenen Konsumwünsche wie auch das Bedürfnis, etwas Neues auszuprobieren, führten in den Wochen und Monaten nach der Währungsumstellung zu außerordentlichen Umsätzen im Handel.

Auf der anderen Seite bedeutete der Sortimentwechsel aber auch, dass bislang vertraute Produkte nicht mehr erhältlich waren. Die folgende Übersicht illustriert, in welchem Ausmaß bislang gewohnte Produkte verschwanden. (siehe Tabelle 1)

Tabelle 1

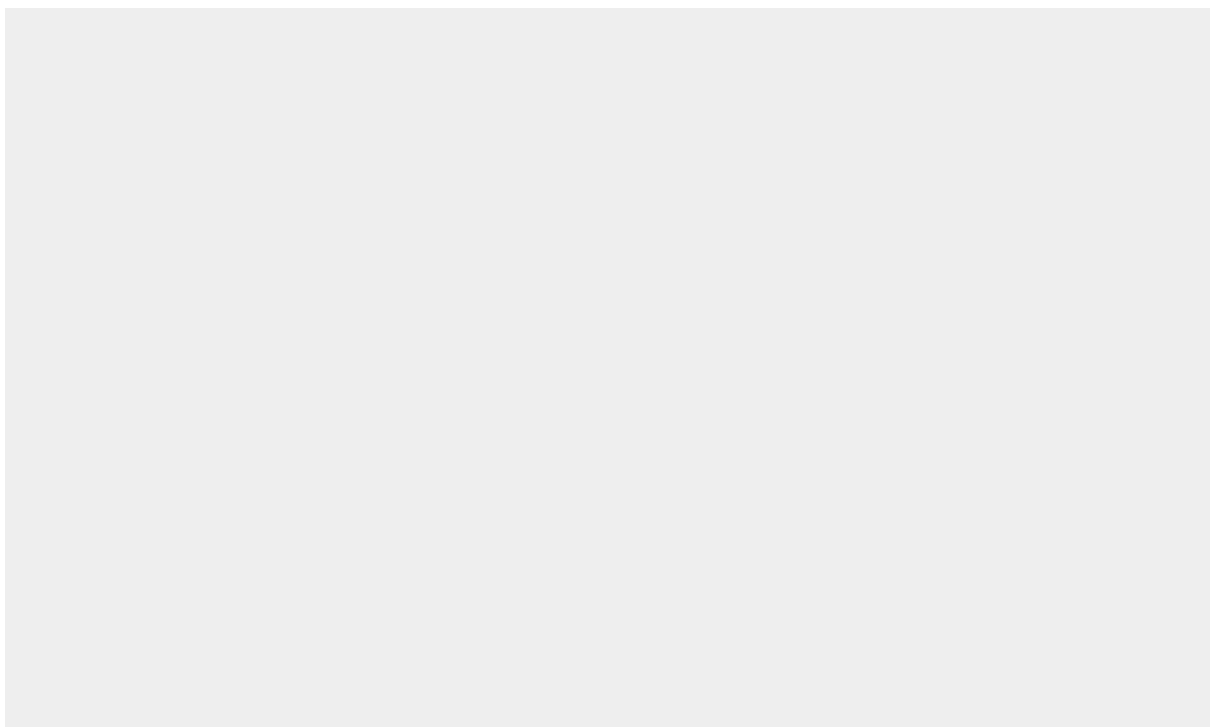
Anteil der Westwaren am Absatz in Ostdeutschland im September 1990					
Röstkaffee	Dosensuppen	Früchtequark	Weichspüler	Speisefett	Speiseöl
96%	94%	90%	81%	76%	41%

Quelle: Sinn, Gerlinde; Sinn, Hans-Werner: *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*. München: C.H. Beck/dtv, 1993, S. 97.



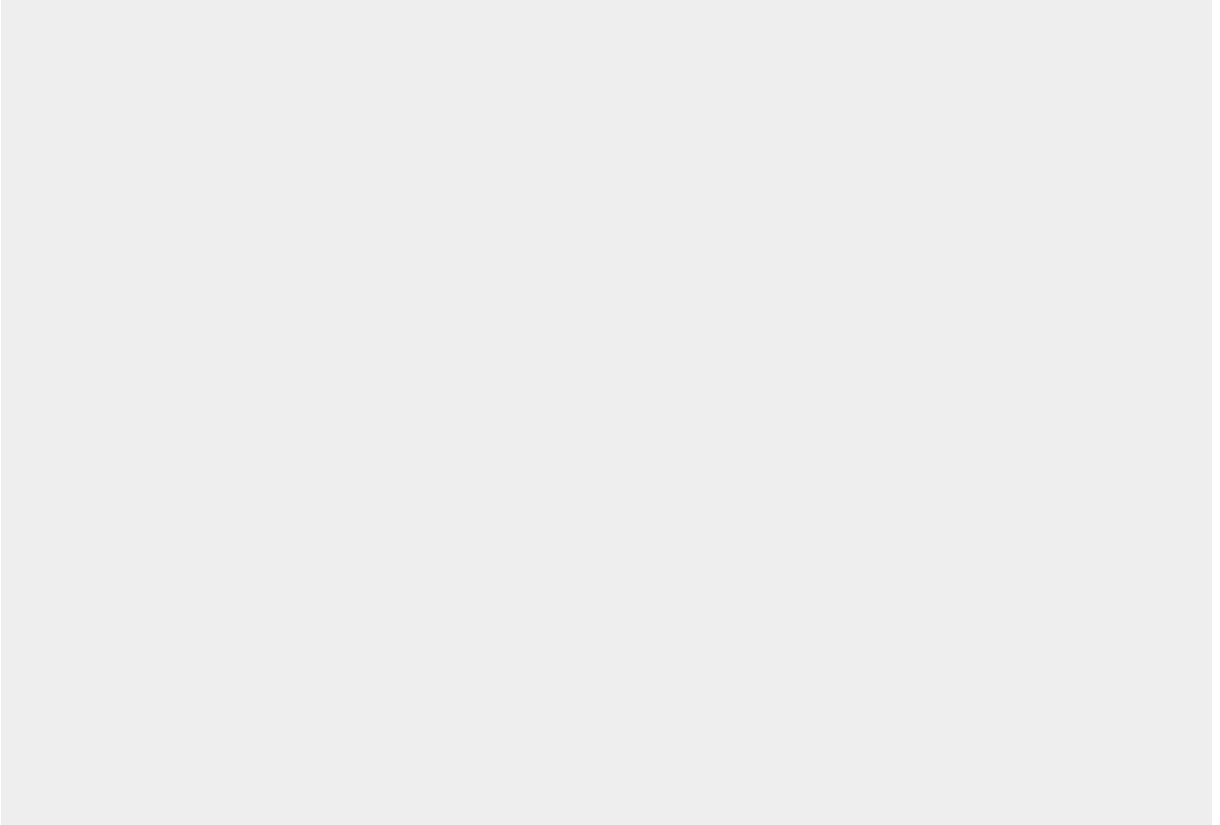
(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

Die Reste des „Goldbroiler“ liegen auf dem Hof, wo einst die „Goldbroiler“ gegessen wurden, Erfurt, August 1991.



(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

Thüringer „Wurst-Tradition“ gegen „starken Westlichen Druck“. Nachricht an die Kunden an einem Fleischer-geschäft in Erfurt 1993.



(Foto: Silke Geister)

Juli 1990 in Leipzig.

Die Produkte, die noch im Jahr zuvor benutzt wurden, fanden sich stattdessen auf dem Müll, in Sperrmüllcontainern oder am Straßenrand.⁶ Spektakulär war die Entdeckung von Tausenden druckfrischen Büchern aus den Beständen des ehemaligen Buchgroßhandels auf einer Müllkippe bei Leipzig. Ein Reporter notiert: „Ungelesen in den Abfall gekippt wurden: Kinderbücher, deutsche Klassiker, internationale Belletristik.“⁷ Die Bücher lagerten bis dahin im Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel (LKG). Mitte der 1990er Jahre hatten die Hälfte der Verlage die Verträge mit dem LKG gekündigt, aber ihre dort lagernden Bücher nicht abgeholt. Die Verlage wiederum hatten ihre Immobilien an die Treuhand verloren, sie

mussten nun mit einem Bruchteil der Fläche wirtschaften und auch ihre umfangreichen Bibliotheken und Archive abstoßen.⁸ Doch auch die Waren, die nach der Einführung der D-Mark in der noch bestehenden DDR produziert wurden, fanden nicht mehr in die Verkaufsregale. Oft versuchten die Produzenten, ihre Waren auf öffentlichen Plätzen direkt an die Kunden zu verkaufen: Würste, Brote, Textilien, Schuhe. Im Jahr 1990 wurde in den Straßen der DDR viel demonstriert. Eine der kuriosesten Demonstrationen war die der ostdeutschen Produzenten. Ihr Adressat war der Konsument. Dem Demonstrationszug voran trugen sie ein Transparent auf dem zu lesen war: „Warum kauft Ihr unsere Erzeugnisse nicht?“

Der Beitritt zur Bundesrepublik 1990: Demokratisch legitimierte Beseitigung der DDR-Symbole

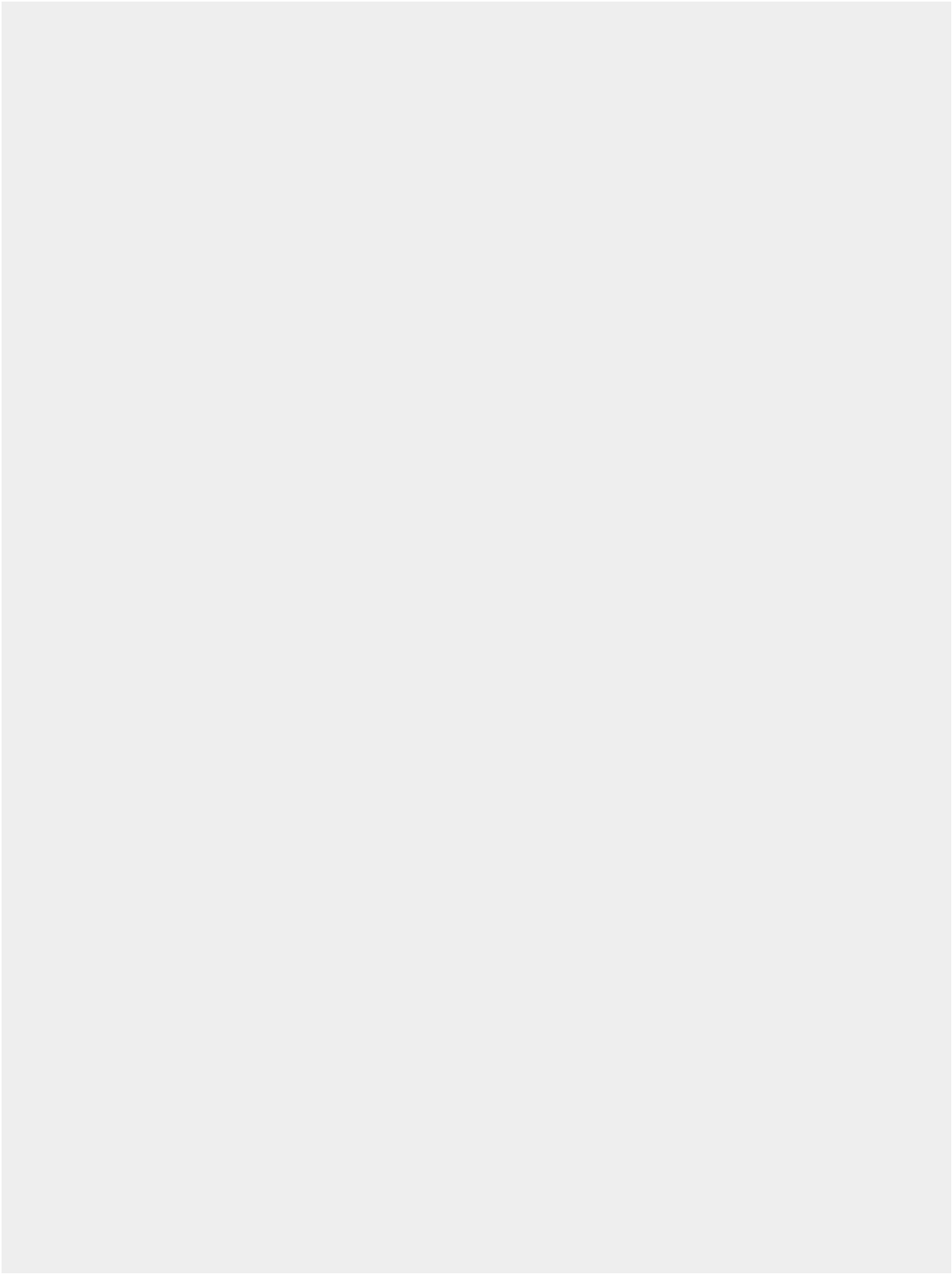
Am 23. August 1990 beschloss die Volkskammer der DDR „den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990.“⁹ Damit markierte die Volkskammer den Zeitpunkt, an dem mit den staatlichen Institutionen auch die restlichen DDR-Staatssymbole aus der Öffentlichkeit zu verschwinden hatten. Nachdem in den letzten Monaten der Noch-DDR viele Institutionen ihre sozialistischen Namen ablegten und ihre öffentlichen Räume von Transparenten, Fahnen und Propaganda-Schaukästen befreit hatten, schaffte sich in der Nacht zum 3. Oktober nun auch der DDR-Staat selbst ab. Spätestens zu diesem Zeitpunkt verschwanden dann auch an den ehemaligen staatlichen Institutionen und Behörden die Reste der repräsentativen Oberfläche der DDR.

Die Erneuerung der repräsentativen Oberfläche in den neuen Bundesländern war rechtsstaatlich geregelt und durch politische Mehrheitsverhältnisse legitimiert. Inhaltlich wurde sie von den Wertvorstellungen der neuen politischen Eliten Ostdeutschlands geprägt. Am markantesten zeigte sich die

ser Prozess bei den Um- oder Rückbenennungen von Straßen. Die Namen von Straßen, Plätzen und Brücken, die Denkmäler und Gedenktafeln symbolisieren, was als Tradition einer Gesellschaft gilt. Sie stellen gewissermaßen ihr ‚öffentliches Gedächtnis‘ dar. Sie sind nicht immer unumstritten. In der DDR war mit der Namensgebung das sozialistische Traditionsverständnis in der Öffentlichkeit verankert worden. Zugleich sind diese Namen für jene Menschen, die sich nicht zu diesen Traditionen bekennen wollten, als ein Symbol der Diktatur wahrgenommen worden.

Aus diesem Grunde begannen die lokalen Parlamente auch recht bald, die öffentlichen Verweise auf Symbole der DDR und ihres Traditionsverständnisses zu überprüfen, neu zu bewerten und oft auch zu beseitigen. Da zu diesem Prozess noch keine detaillierten Studien vorliegen, soll der Umgang mit den DDR-Symbolen hier am Beispiel *einer* Stadt illustriert werden. Die Stadt Leipzig eignet sich hierfür recht gut.

In Leipzig wurden in den Jahren zwischen 1945–1989 etwa 400 nach Personen benannte Straßen und Plätze um- oder umbenannt. Die Tilgung der nationalsozialistischen, nationalistischen und militaristischen Traditionslinie ging mit der Verankerung der antifaschistischen und vor allem sozialistischen Traditionslinie im öffentlichen Raum einher.¹⁰ Diese 400 Namen, die in gewisser Weise auch die DDR symbolisierten, standen nach 1990 zur Überprüfung. Das führte zu zwei Umbenennungswellen, die 1992 und 1999 vollzogen wurden. In der ersten Umbenennungswelle von 1992 wurden von den genannten 400 Namensgebungen 38 Straßen und Plätze umbenannt, in der zweiten Welle von 1999 noch einmal 10 Straßen – das sind insgesamt 12



(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

Prozent der in der Zeit der SBZ und DDR nach Personen benannten Straßen und Plätze und gut zwei Prozent aller Straßennamen und Namen von Plätzen in der Stadt.¹¹

Doch noch bevor man sich mit der ersten Umbenennungswelle beschäftigte, erfolgte in Leipzig am 3. Oktober 1990, dem Tag des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik, eine spektakuläre Rückbenennung. In der Sondertagung der Leipziger Stadtverordnetenversammlung vom 2. Oktober 1990 wurde mit deutlicher Mehrheit dem Votum der Einwohner folgend beschlossen, den *Karl-Marx-Platz* in *Augustsplatz* rückzubenennen. „Mit dem letzten Glockenschlag des 2. Oktober 1990“, in der letzten Minute der DDR, wurden die Namensschilder getauscht.¹² Sowohl die Art des Vollzugs dieser Rückbenennung wie auch die hohe Priorität auf der Agenda der Stadtverordneten verweist auf die Relevanz der Symbole: Der Platz ist der größte und wichtigste der Stadt. Hier stehen das berühmte Gewandhaus, die Universität und die Oper, hier nahmen die großen Demonstrationen der friedlichen Revolution ihren Anfang, hier fanden später die wichtigen Kundgebungen statt. Hier sollte auch zuerst ein Zeichen für den Neuanfang und für den Abschied von der DDR gesetzt werden. Der Namenspatron Marx, der Philosoph und Wissenschaftler aus dem 19. Jahrhundert, war von der DDR-Propaganda längst auf eine Gattionsfigur des DDR-Sozialismus reduziert worden – und so wurde Marx nach 1990 auch wahrgenommen.¹³ Darüber hinaus wurde deutlich, dass wichtige Orte nicht mehr mit Symbolen der DDR verbunden sein sollten.¹⁴

Die ganze Differenziertheit bei der Neujustierung von Leipzigs öffentlichem Gedächtnis zeigt sich in den beiden Umbe-

nennungswellen von 1992 und 1999. In der zum 1. Januar 1992 in Kraft getretenen ersten Umbenennungsaktion standen 67 Leipziger Straßennamen zur Debatte. Letztlich wurden davon 38 Straßen umbenannt. Hierbei zeigten sich verschiedene Intentionen. Zunächst ging es darum, mit den Namen der wichtigen Ausfall- und Richtungsstraßen die „regionale Einbindung der Stadt Leipzig in ihre Umgebung“¹⁵ wieder darzustellen. Auch bei der Um- oder Rückbenennung der übrigen städtischen Straßen und Plätze war das erklärte Ziel, regional- und stadthistorische Bezüge stärker in den Vordergrund zu stellen. Die hierbei entfernten Namen waren stets Verweise auf das Traditionsverständnis der DDR. Selbst solche an sich eher unproblematischen Straßennamen wie „Spartakusstraße“, „Straße der Bauarbeiter“, „Straße der Jugend“, „Straße der Solidarität“ oder „Straße der Völkerfreundschaft“ im Neubaustadtteil *Leipzig Grünau* wurden als Verweise auf die DDR getilgt.¹⁶ Trotz dieser Umbenennungen wollten die Stadtverordneten das öffentliche Gedächtnis der Stadt nicht vollständig von DDR-Symbolik abgrenzen. Fünf Jahre später, im Jahr 1997, wurde noch einmal eine Arbeitsgruppe „Straßen- Um- und Neubenennungen“¹⁷ tätig, die im Mai 1999 zu ihren abschließenden Empfehlungen kam und die zweite Umbenennungswelle organisierte. Von den verbliebenen 335 Straßen und Plätzen, die zwischen 1945 und 1989 nach Personen benannt worden waren, wurden noch einmal 176 diskutiert und letztendlich weitere 10 Straßen, die auf das DDR-Traditionsverständnis verwiesen, umbenannt. Zu den neuen Namenspatronen zählten nun ein US-Kommandeur, dessen Truppenteile im April 1945 Leipzig befreiten, ein Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit, ein Opfer aus dem militärischen Widerstand gegen das Naziregime, ein

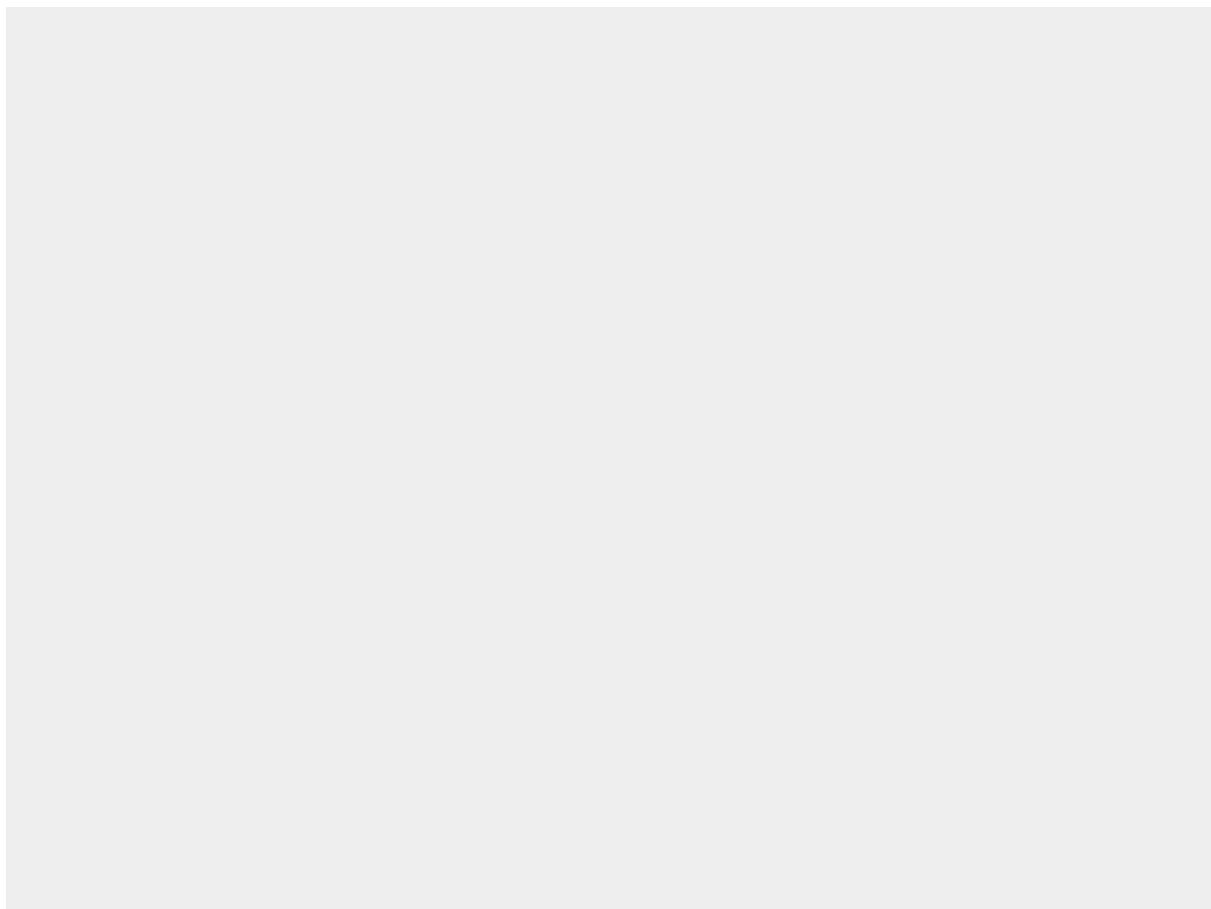
studentisches Opfer der Sowjetischen Militäradministration, ein Opfer des DDR-Grenzregimes, ein ehemaliger Leipziger Stadtverordneter und späterer Mitbegründer und Bundesvorsitzender des „Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge e. V.“, ein Leipziger SPD-Bezirksvorsitzender aus der Zeit der Weimarer Republik und Reichskanzler Bismarck.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich in Leipzig beim demokratisch legitimierten Umgang mit den Symbolen der DDR-Vergangenheit drei Grundtendenzen zeigen. *Erstens* wurden im symbolisch besonders bedeutsamen Bereich – der Innenstadt, dem Innenstadtring und dem Areal um das Bundesverwaltungsgericht – alle Verweise auf die DDR-Vergangenheit entfernt. Bis auf zwei Ausnahmen geschah das auch bei den elf Magistralen und Ausfallstraßen. *Zweitens* versuchte man im übrigen Bereich der Stadt einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Traditionslinien zu schaffen, die nach 1990 zu würdigen waren. Die Installation neuer Verweise geschah auf Kosten von DDR-Traditionsbezügen. Dass man tatsächlich um Ausgewogenheit und nicht um die Entfernung aller DDR-Verweise bemüht war, soll an einem Beispiel erläutert werden. Die DDR benannte im Jahr 1986 eine am Stadtrand neu entstandene Straße nach einem im Jahr 1962 während des Grenzdienstes erschossenen Unteroffizier der DDR-Grenztruppen. Dieser *Jörgen-Schmidtchen-Weg* wurde 1999 unter der Maßgabe nicht umbenannt, „daß eine in der Nähe befindliche Straße den Namen eines noch zu benennenden Fluchtöpfers erhält.“¹⁸ Seit 1999 verläuft nun quer zum *Jörgen-Schmidtchen-Weg* die *Zillstraße*, die an den 1969 beim Grenzübertritt erschossenen Leipziger Wolfgang Zill erinnert. Zu diesem Zwecke wurde die *Joseph-Zettler-Straße*, benannt

nach einem Kämpfer im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) und späteren Oberst der NVA, in *Zillstraße* umbenannt.

In der Stadt Leipzig verlief der Umgang mit den öffentlichen Symbolen der DDR-Vergangenheit relativ unspektakulär und ausgewogen. Einer der Gründe dafür dürfte auch sein, dass in Leipzigs Stadtgebiet keine großen sozialistischen Denkmäler vorhanden waren.¹⁹ Denn gerade um deren Schicksal gab es in anderen ostdeutschen Städten scharfe Kontroversen, bei denen die Argumente von politischen Akteuren, Bürgern, Denkmalschützern und Künstlern aufeinander prallten. So gab es beispielsweise gegen den Abriss des monumentalen Berliner Lenin-Denkmal viele Klagen, Proteste, Unterschriftensammlungen und eine Bürgerinitiative. Das Denkmal wurde am 8. November 1991 unter Polizeischutz demontiert. Zuvor konnte man am versteinerten Lenin noch die „Keine-Gewalt“-Schärpe der einst von der DDR-Polizei gejagten Demonstranten der Herbstrevolution sehen.

In Dresden entschieden die Stadtverordneten am 3. September 1991, dass das vor dem Bahnhof befindliche Lenin-Denkmal zu entfernen sei und schrieben die Demontage und den Abtransport der sieben Meter hohen und 120 Tonnen schweren Granitskulptur öffentlich aus. Am 20. November 1991 schlug der Münchner Künstler Rudolf Herz dem Dresdner Oberbürgermeister vor, das Denkmal künstlerisch zu verfremden, anstatt es zu entfernen. Am gleichen Standort wollte er aus den Bestandteilen des zerteilten Denkmals ein „skulpturales Gebilde“ entstehen lassen. Herz schrieb: „Diese Anordnung erinnert an ein Museumsdepot oder ein archäologisches Trümmerfeld: ein Aggregatzustand zwischen Abbau und Rekonstruktion. ‚Lenins Lager‘ ist eine ketzerische

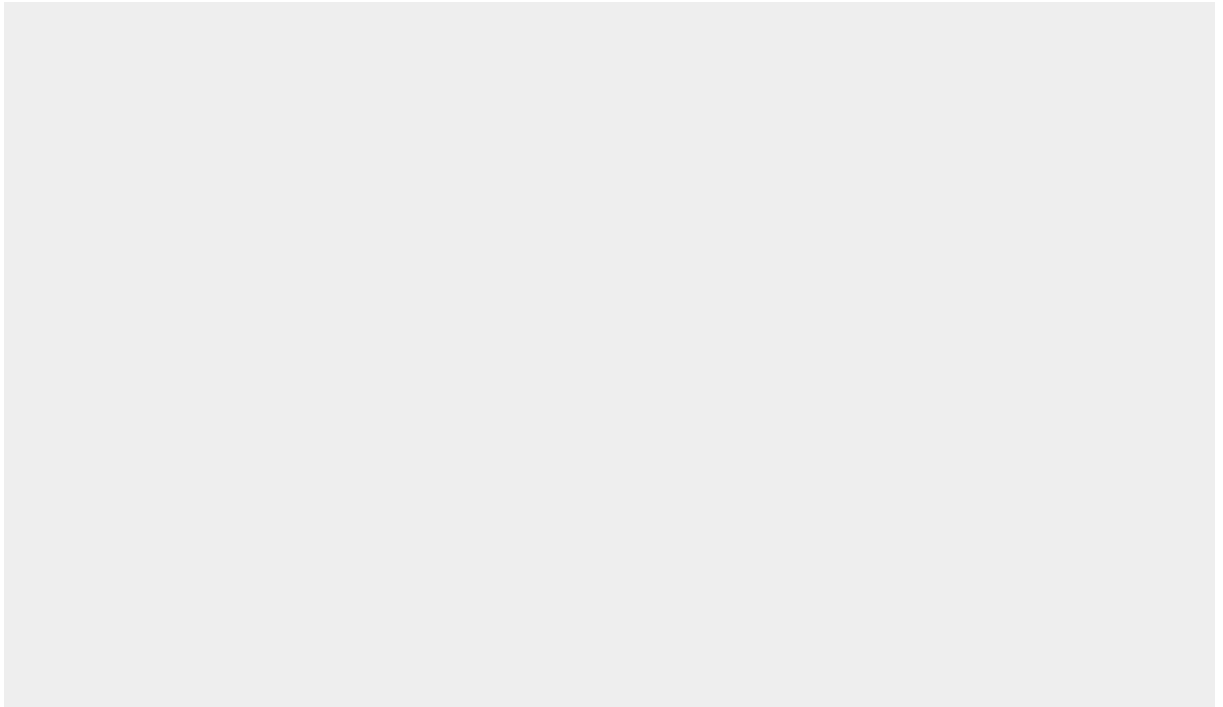


(Foto: Bundesbildstelle)

Demontiertes Lenin-Denkmal aus Berlin.

Kritik an den staatspolitischen Aufarbeitungsritualen nach dem Fall der DDR, ein anstößiges Erinnerungsstück mit politischen und ästhetischen Reibungsflächen und soll am bisherigen Ort des Denkmals vor dem Bahnhof seinen Platz finden.“²⁰ Am 15. Januar 1992 beschlossen der Oberbürgermeister und die Beigeordneten der Stadt Dresden die Realisierung der Konzeption *Lenins Lager*. Die endgültige Entscheidung sollte die Stadtverordnetenversammlung treffen. Einen Tag später schaltete sich die *Bild-Zeitung Dresden* ein, in dem sie eine TED-Umfrage organisierte und deren Ergebnis am nächsten Tag veröffentlichte. Die Umfrage ergab, dass die Leserschaft der *Bild-Zeitung* zu 84,3 Prozent für die vollständige

Entfernung des Denkmals stimmte. Am 5. März 1992 hatten die Stadtverordneten zwischen der Option der kostenlosen Realisierung von *Lenins Lager* und dem ebenfalls kostenlos vorzunehmenden zerstörungsfreien Abbau und Abtransport zu entscheiden und wählten letzteres. Am Tag darauf schrieb die *Dresdner Zeitung*: „Ausgerechnet ein Künstler aus München will den Stadtverordneten und uns Dresdner insgesamt erklären, wie mit dem monumentalen Denkmal des Lenin umgegangen werden soll. ... Soll der große Lenin wirklich weiter täglich unseren schönen neuen Frieden stören? Nein, sagten gestern die Stadtverordneten.“²¹

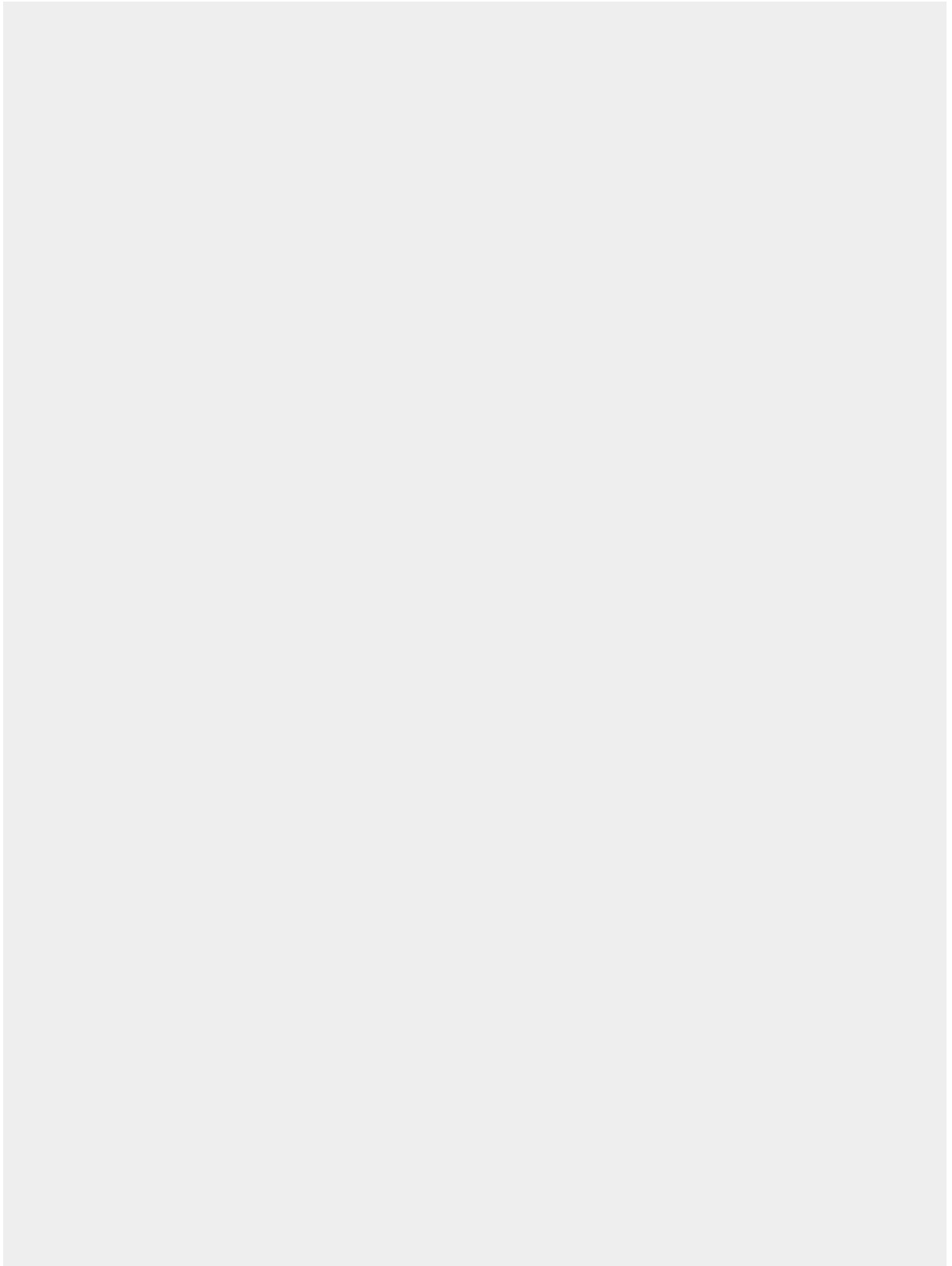


(Foto: Bundesbildstelle)

Karl-Marx-Monument 1990 in Chemnitz.

Bei dem Umgang der kommunalen Volksvertretungen mit der symbolischen Oberfläche der DDR sind zwei Grundtendenzen erkennbar: *Erstens* ist ein deutlicher Unterschied zwischen der Provinz und den größeren Städten zu erkennen. Auf dem Lande und in kleineren Städten wurden im Vergleich zu den Großstädten weniger Straßen umbenannt. In einer Rundreise durch manche Dörfer kann man noch das ganze Alphabet sozialistischer Namensgebungen abfahren, angefangen von „A“ wie „Straße des Aufbaues“ über die „Straße der Bodenreform“, „der Einheit“, „der Freundschaft“, „der Genossenschaft“, „der Jungen Pioniere“, „der Opfer des Faschismus“, „der Thälmann-Pioniere“ bis hin zur „Straße der Völkerfreundschaft“. Auf dem Lande findet man auch noch sozialistische Denkmäler und angewandte sozialistische Kunst. In mittleren Städten ist die Lage anders. Das Städtchen Lutherstadt Eisleben hat sein mit

einem deutsch-sowjetischen Heldenmythos verbundenes Lenin-Denkmal ins Deutsche Historische Museum (Berlin) gegeben. Chemnitz wiederum erhält seinen monumentalen Marx-Kopf weiter als Wahrzeichen und Touristenattraktion. Der Marx-Kopf dient zudem als Souvenir-Motiv und inspirierte das offizielle Label der Stadt: „Chemnitz – Stadt mit Köpfchen“. *Zweitens* spielen inhaltliche Momente eine Rolle: Waren die Namensgebungen oder die Denkmäler Verweise auf die vorkommunistische Arbeiterbewegung oder auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus, so ging man toleranter mit ihnen um. Handelte es sich hingegen ausschließlich um kommunistische Bezüge (Lenin, Thälmann) und um Referenzen auf die Gegenseite des Westens während des Kalten Krieges (Pieck, Ho-Chi-Minh), so war der Weiterbestand weniger wahrscheinlich.



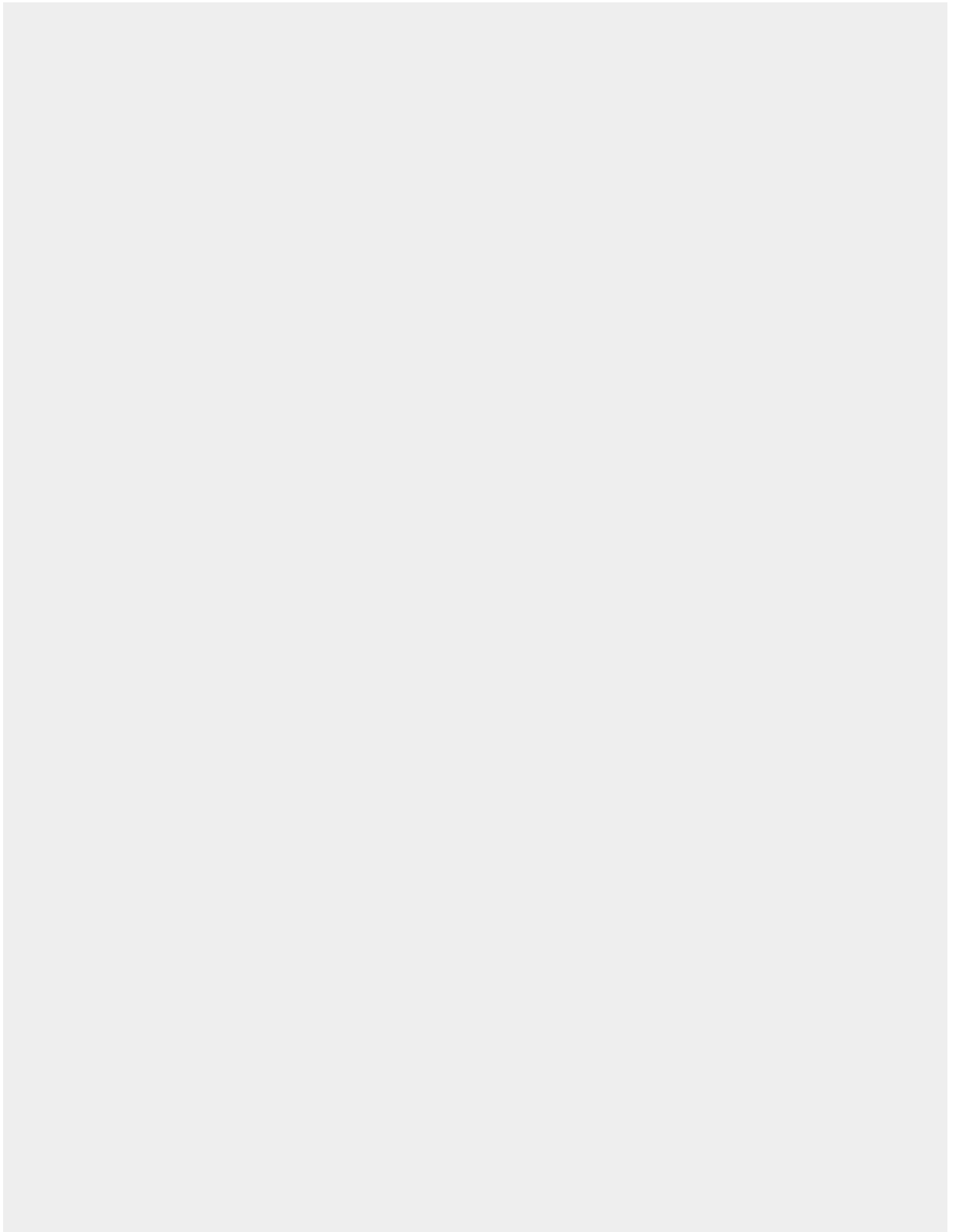
Die Transformation der Arbeitswelt

Die Verschrottung des „gelebten Lebens“

Die Wochen nach der Währungsumstellung erlebte der größte Teil der Ostdeutschen mit freudigem Optimismus. So manche Konsum- und Reisewünsche, die bis dahin unerfüllbar schienen, konnten sich viele Menschen nun erfüllen, und die Angleichung der Gehälter und Löhne an das „Westniveau“ schien auch nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Freilich erwarteten die Menschen, dass bei der Einführung der Marktwirtschaft einige – nur vorübergehend²² – arbeitslos werden würden. Doch man vertraute auf die eigene persönliche Leistungsfähigkeit und glaubte, dass eher ‚die anderen‘ von Arbeitslosigkeit betroffen sein würden. Die Vorstellungen der Bevölkerung über die eigenen Fähigkeiten und Chancen, die nun endlich nicht mehr durch politische Eingriffe in die Wirtschaft gehemmt sein würden, dokumentieren die Diskussionen im Leipziger Gewandhaus, die einige Monate vor der Währungsumstellung im Oktober und November 1989 geführt worden waren. Seine Vorstellungen über die Umgestaltung der Wirtschaft beschreibt ein Mann am 29. Oktober 1989 so: „Jedem nach seinen Leistungen, so muss die Gesellschaft organisiert werden. Und über die maximale Befriedigung unserer Bedürfnisse hat der Markt zu bestimmen und nicht die staatliche Plankommission! Nicht Schwindelstatistik bringt uns voran, sondern nur die echte Produktion von Waren und Werten, frei von Stützungen und Umrechnungsfaktoren. Die niedrigen Preise für Bröt-

chen und Mieten waren einmal ein Aushängeschild der DDR, heute aber sind sie ein Hemmnis. Viele Wohnungsprobleme ließen sich über den Mietpreis regeln.“ Im Herbst 1989 erschien nicht die Arbeitslosigkeit das Problem, sondern die Tatsache, dass die Entlassung in die Arbeitslosigkeit im DDR-Wirtschaftssystem eine leere Drohung bleiben musste. Herr U. äußert sich hierzu in der gleichen Diskussion so: „Das Arbeitsgesetzbuch muss so verbessert werden, dass die Leiter ohne großen Zeitverzug nicht ausgelastete Personen wie auch arbeitsunwillige Mitarbeiter in Produktionsabteilungen umsetzen und in hartnäckigen Wiederholungsfällen auch entlassen können. Die Aufstockungen und die Herunterstufung des Lohnes entsprechend dem Leistungsprinzip muss in allen Bereichen zum Alltag werden.“²³

Doch die Umgestaltung der Wirtschaft zeitigte 1990 ganz andere Effekte, als man im Herbst 1989 noch erwartet hatte. Bekanntlich ging etwa die Hälfte des DDR-Exportes in den kapitalistischen, die andere Hälfte in den sozialistischen Wirtschaftsraum.²⁴ Da für die Handelspartner im Osten die Umstellung der ostdeutschen Wirtschaft auf die D-Mark eine Vervielfachung der Preise bedeutete, brach der ostdeutsche Export in den sozialistischen Wirtschaftsraum sofort zusammen. Etliche „Vorzeigebetriebe“ und „Export-Meister“ der DDR gingen bald nach der Währungsunion in Konkurs. Ein Jahr nach der Währungsunion schätzten die Wirtschaftswissenschaftler Gerlinde und Hans-Werner Sinn in einer ersten Bilanz ein, dass „die Schärfe der ostdeutschen Depression ohne Beispiel in der neueren Wirtschaftsgeschichte“ sei. „Selbst die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1928 bis 1933 hat keine vergleichbaren Wirkungen gehabt.“²⁵ Ende des Jahres 1990 hatte sich die ost-



(Foto: Bundesbildstelle)

Abrissarbeiten in Bitterfeld.

deutsche Industrieproduktion im Vergleich zu den ersten beiden Quartalen vor der Währungsunion halbiert, zu Beginn des Jahres 1991 lag sie nur noch bei einem Drittel des Vorjahresniveaus.²⁶ Die Beschäftigungssituation in Ostdeutschland beschrieben Gerlinde und Hans-Werner Sinn so: „Die effektive Arbeitslosenquote stieg von praktisch Null zu Beginn des Jahres 1990 über 7,2 Prozent im Juli 1990 und auf 25 Prozent im Frühjahr 1991. Zum Jahreswechsel 1991/92 hatte die effektive Arbeitslosenquote den Wert von 30 Prozent erreicht. Dabei sind die in ABM- und Umschulungsprogrammen aufgefangenen Arbeitslosen mitgerechnet worden, und die Kurzarbeiter wurden in äquivalente Vollzeitbeschäftigte umgerechnet. Nicht als arbeitslos gerechnet wurden jene 700.000 Personen, die bis zum Jahresende 1991 in den Vorruhestand überführt worden waren, sowie die etwa 540.000 Pendler, die in Westdeutschland Arbeit gefunden hatten. Insgesamt ging die Beschäftigung in Ostdeutschland bis zum Ende des Jahres 1991 von etwa 9,3 Millionen bis 9,7 Millionen Personen auf effektiv 5,2 Millionen Personen zurück, und im zweiten Quartal 1992 wurde die 5-Millionen-Grenze unterschritten.“²⁷

Die Treuhandanstalt, der die Privatisierung, Liquidierung und Rückübertragung der volkseigenen Wirtschaft übertragen worden war, setzte im Zielkonflikt von Arbeitsplatzsicherung und schneller Privatisierung auf Letzteres. 70 Prozent der von der Treuhand verwalteten Arbeitsplätze gingen verloren und ein enormer Schuldenberg wurde angehäuft.²⁸

Die Arbeitslosigkeit im Osten war jedoch nicht nur für die Arbeitslosen und ihre Familien relevant. Auch jene Ostdeutschen, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen

waren, fürchteten – überproportional oft im Vergleich zur westdeutschen Gesellschaft – in Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Abstieg zu geraten. (Siehe Tabelle 2)

Die Deindustrialisierung und die Entlassungen im öffentlichen Dienst führten für viele Menschen zum Verlust der in der DDR zu meist über die Arbeitswelt vermittelten sozialen Integration. Die Arbeitswelt bildete im Alltag der DDR ein zentrales Element der Sozialintegration der Menschen. Große Betriebe in der DDR-Gesellschaft waren gewissermaßen „Sozialisationskerne“²⁹ und erfüllten über die Produktion hinausgehende Funktionen. Diese Betriebe hatten Polikliniken, Kindergärten, Kulturhäuser und Jugendclubs, Ferienheime und Kinderferienlager, Verkaufseinrichtungen usw. Nicht nur in diesen großen Betrieben, sondern überall in der DDR war die Arbeitswelt lebensweltlich geprägt. Zwischen den Beschäftigten bestand oft eine bis ins freundschaftliche gehende Kollegialität. Darüber hinaus überlappten sich die Beziehungen am Arbeitsplatz mit den privaten Beziehungen, die Familien der Kollegen kannten einander und man traf sich auch neben der Arbeit. Diese über das Dienstliche hinausgehenden Beziehungen entsprachen im übrigen den politischen Zielvorstellung der DDR von „sozialistischen Arbeitskollektiven“. Aus strukturellen Gründen waren hier also Konkurrenzverhältnisse relativ gering, der Anpassungsdruck aber um so höher. Aufgrund dieser Konstellation war für die Leiter die persönliche, moralisierende oder politisierende Ansprache der Beschäftigten oft der effektivste Weg, um Verhaltensänderungen der ‚Werk tätigen‘ zu bewirken. Dieses DDR-typische Klima und die Schwierigkeiten der „Transformation der Sozialordnung in Ostdeutschen Betrieben“ illustriert eine soziologische Studie von Werner Schmidt, die sich auf die Umstrukturierung

Tabelle 2

Angst vor wirtschaftlichem Abstieg Vorstellung von der persönlichen wirtschaftlichen und beruflichen Zukunft bei Ostdeutschen (Werte in Prozent) Erhebungszeitraum 1990–1992				
Für die nächste Zukunft ist „ganz sicher“ „oder wahrscheinlich“	1990	1991	1992	1991 (West)
Arbeitsplatzverlust	44	51	29	4
Berufswechsel	22	22	15	7
betrieblicher Abstieg	15	20	10	1
betrieblicher Aufstieg	16	16	15	23
gute Arbeitsmarktchance	17	10	14	40
Existenzgründung	12	7	6	4

Quelle: Schramm, Florian: Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland: Wie betroffen sind die Nichtbetroffenen? In: Nickel, Hildegard Maria; Kühl Jürgen (Hrsg.), Erwerbsarbeit im Umbruch. Berlin: Akademie-Verlag, 1994, S. 55–74, S. 60.

sächsischer Metallbaubetriebe in den Jahren 1992–1994 konzentriert. Ein älterer Facharbeiter – „der ansonsten kaum ein gutes Haar an der DDR lässt“, wie der Verfasser der Studie anmerkt – beschreibt das soziale Klima so: „Wir, die wir im Sozialismus groß geworden sind, wollen wir mal so sagen, das waren eigentlich alles Kollegen. Wir sind in Brigaden gewesen, da wurde das Brigadeleben gefördert ... das war eigentlich ein gutes Verhältnis. Und ich möchte sagen, das ist auch nicht mehr rauszubringen.“³⁰ Die Situation in einem Wälzlagerwerk, das zusammen mit anderen ostdeutschen Betrieben einer Holding und einem westdeutschen Werkleiter unterstellt

wurde, schildert Schmidt so: „Den Beschäftigten des Wälzlagerwerkes steht ihre Verbitterung zumeist im Gesicht geschrieben. Vielen fehlen die gewohnten Zeichen der Anerkennung, Wertschätzung und Würdigung, wie sie mit Jubilarehrungen, Auszeichnungs- und Frauentags- aber auch Maifeiern und anderen Terminen des sozialistischen Festtagskalenders verbunden waren, und die nun größtenteils verschwunden sind. ... Immer wieder wird auch auf die Abschaffung der Kaffeemaschinen verwiesen. Dabei scheint es jedoch weniger um die Maschinen als solche zu gehen. Vielmehr ist die Abschaffung von Kaffeemaschinen und Kühlschränken ein Symbol dafür,

dass die Anerkennung verweigert und gleichzeitig neue Privilegien eingeführt werden. Der Werkleiter macht demgegenüber scheinbar rationale Kostenargumente geltend, was die Beschäftigten nicht überzeugt, werden doch zugleich mit hohem finanziellen Aufwand Großraumbüros geschaffen und Verwaltungsgebäude saniert.³¹ Eine ostdeutsche Verwaltungsleiterin kontrastiert die Zeit vor und nach dieser Neustrukturierung so: „Wir sind ja etwas anders groß geworden. Für uns galten die Menschen verhältnismäßig gleich. Also, man hat keine großen Unterschiede gemacht, ob das jetzt der Werkleiter ist, wenn der Werkleiter `ne Kaffeemaschine hatte, hatte der Kumpel auch eine gekriegt.“ Eine ostdeutsche Managerin des Betriebes beschreibt den Wandel so: „Man hat eigentlich eine Zwei-Klassen-Gesellschaft eingeführt. Unbewusst. Ich möchte den Leuten das nicht unterstellen, dass sie es bewusst gemacht haben.“³²

Der Einzug westdeutscher Verhältnisse bedeutete für die DDR-sozialisierten Beschäftigten also auch in der Arbeitswelt einen Erfahrungsbruch. Sie waren nun mit veränderten Leistungsanforderungen, ungewohnter innerbetrieblicher Konkurrenz, mit neuen Distanzverhältnissen und Leitungsstilen konfrontiert. Die bislang eher politisierte, personalisierte und nicht zuletzt moralisierte Ansprache der Arbeitnehmer wurde nun formaler, rationaler und unpersönlicher. Die sozialen Nebenfunktionen, die die Arbeitsstelle für die Werktätigen oft hatte – nämlich Knoten im persönlichen Beziehungsnetz und gewissermaßen ein Teil des Lebens zu sein – entfielen.

In den Jahren 1991 und 1992 hatte sich also die Stimmung der meisten Ostdeutschen, die bis dahin von Vorfreude, Opti-

mismus, Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten und Hoffnung geprägt war, deutlich gewandelt. Etwa ein Drittel der einst in der DDR Beschäftigten hatte den Arbeitsplatz verloren. Ein weiteres Drittel rechnete fest mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Der Stolz, trotz aller widrigen Bedingungen in der DDR gute Arbeitsleistungen erbracht zu haben, das Zutrauen in die eigenen Qualifikationen und die Zuversicht, in der umgekrempelten Wirtschaft oder Administration noch seinen Platz zu finden, war beschädigt. Hinzu kam, dass die Integration in die neue Gesellschaft, die Partizipation an ihren politischen Freiheiten, am kulturellen und materiellen Konsum, durch das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess und die Verringerung des finanziellen Budgets eingeschränkt blieb. So kam es, dass sich ein großer Teil der Ostdeutschen in den frühen 1990er Jahren weitgehend auf familiäre und private Netzwerke zurückzog.

Einen großen Teil der ostdeutschen Bevölkerung drückte eine depressive Grundstimmung nieder. Hierzu trug auch die Botschaft bei, dass die Ostdeutschen „ein falsches Leben im falschen System“ geführt hätten. Vielen Ostdeutschen, ob nun arbeitslos oder nicht, schien es, als müsse all das, was mit Mühe aufgebaut wurde und die tägliche Arbeit gewesen war, nun als „Schrott“ entsorgt werden. Für viele Industriearbeiterinnen und -arbeiter bestanden ja tatsächlich die letzten Aufgaben ihres Arbeitslebens darin, in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder Auffanggesellschaft ihre nun unproduktiven Betriebe, in denen sie oft Jahrzehnte tätig gewesen waren, abzureißen. Durch die Medien gingen Bilder, auf denen sich riesige hydraulische Betonscheren wie vorzeitliche Riesenechsen durch die ehemaligen Industriebetriebe fraßen. Neben der deprimierenden Selbstdeu-

tung, ein ‚falsches Leben gelebt‘ zu haben, machte unter den Ostdeutschen noch eine andere und populärere Formel die Runde, nämlich die Selbstdeutung, die ‚Betrogenen‘ der Vereinigung zu sein.

Von „Jammer-Ossis“ und „Besser-Wessis“

Im Öffentlichen Dienst, in den Behörden und in der kommunalen Verwaltung, war auf der mittleren und unteren Ebene der größte Teil des einstigen DDR-Personales übernommen worden. Der Umbau dieser Bereiche wurde von westdeutschen Aufbauhelfern angeleitet, die den Zielzustand des Umbaus aus eigener Erfahrung kannten. In dieser Konstellation war das ostdeutsche Personal in den Behörden und Verwaltungen in gewissem Sinne in der Rolle von Auszubildenden, die sich die neuen Gesetze, Verfahrensweisen und Abläufe anzueignen hatten. In einer ähnlichen Rolle sahen sich auch die ostdeutschen Bürger als ‚Kunden‘ der Behörden und Ämter, auch sie ‚passten‘ noch nicht zu den neuen Strukturen. Denn das Verhältnis zwischen der in Gesetzen und im Verwaltungshandeln geronnenen Logik *auf der einen Seite* und den Erwartungen und der Kommunikationshaltung der Bürger *auf der anderen Seite*, stellt sich erfahrungsgemäß immer erst allmählich ein.³³

Vor dem Umbruch passten Struktur und Mentalität zusammen: Wenn der ‚gelernte DDR-Bürger‘ auf einem sozialistisch geführten Amt etwas erreichen wollte, dann klagte oder forderte er nicht sein Recht ein (weil dieses formal oder faktisch nicht bestand), sondern schilderte seine persönlichen Umstände, die Größe des Missstandes, die

Dramatik der Lage und hob andererseits die Bedeutung seiner Arbeit und seines betrieblichen Engagements für die DDR hervor. Diese Art der informellen und personalisierten Kommunikation war innerhalb der DDR-Strukturen Erfolg versprechend, die Menschen in der DDR wendeten sie gewissermaßen automatisch, ohne viel darüber nachzudenken, an. Doch das neue System der Administration funktionierte ganz anders. Nun ging es darum, ob ein berechtigter Anspruch bestand. Persönliche Umstände waren darüber hinaus, soweit sie nicht den Anspruch selbst begründeten, ohne Bedeutung. Eine informell, durch eine persönliche Ansprache erreichte Ausnahme von der Regel, eine fallspezifische Lösung war nun nur noch illegal. Diese fehlende Passung provozierte Missverständnisse, Konflikte und wechselseitige Stereotypisierungen zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen. Auf beiden Seiten, sowohl bei den westlichen Aufbauhelfern in den Behörden und Verwaltungen, wie auch beim ostdeutschen Personal und den ostdeutschen Bürgern herrschte zum Teil großer Unmut über die jeweils anderen. Viele Ostdeutsche empfanden das im Osten eingeführte westdeutsche System und die Personen, die es repräsentierten, als „kalt, herzlos und formal“. Viele der westdeutschen Aufbauhelfer in den Behörden empfanden wiederum die Vorstellungen des einheimischen Verwaltungspersonales oft als inkompetent, informell und von „unprofessionellem Mitleid“ bestimmt.³⁴ Die Ostdeutschen prägten den Begriff vom „Besser-Wessi“ und die Westdeutschen den vom „Jammer-Ossi“.³⁵

Diese Spannungen zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen zeigten sich auch auf der Ebene alltäglicher Kommunikation, die mit dem Modell des „Kulturschocks“ beschrieben worden sind. Dieses Kulturschock-

Modell besagt unter anderem, dass die Angehörigen der beiden Gruppen sich so verhalten, wie es bislang in der Eigen- gruppe immer als normal, angemessen und Erfolg versprechend galt. Dieses „richtige Verhalten“ funktioniert aber nicht mehr, wenn zwei Gruppen sich verständigen, bei denen jeweils unterschiedliche Regeln gel-

ten. Dann misslingt die Kommunikation zwischen den Angehörigen der unterschiedlichen Gruppen oft. Da sich aber alle Beteiligten so verhalten haben, wie es bislang immer erfolgversprechend oder ‚richtig‘ war, suchen sie, die Ursache für Missverständnisse oder Misslingen der Kommunikation bei den Anderen. (Siehe Kasten)

Das „richtige“ Verhalten führt zu unerfreulichen Ergebnissen	
Ostdeutsche meinen, ihr Handeln sei richtig	Westdeutsche meinen, ihr Handeln sei richtig
Vorteil: Sicherheit, Selbstgewissheit	Vorteil: Sicherheit, Selbstgewissheit
Nennen sich selbst: gut, richtig	Nennen sich selbst: gut, richtig
Nennen die Westdeutschen: Seltsam, unverständlich, doof.	Nennen die Ostdeutschen: Seltsam, unverständlich, doof.

Quelle: Wagner, Wolf: Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick. Hamburg: Rotbuch, 1999, S. 127.

Ein Beispiel hierfür ist die unterschiedliche Bedeutung des ‚Händeschüttelns‘. Im ostdeutschen Kulturraum ist bzw. war es bislang ‚richtig‘, dass man sich beim ersten Treffen am Arbeitsplatz die Hand gibt, ebenso bei der Verabschiedung. Im westdeutschen Kulturraum ist es ‚richtig‘, dass man sich nur bei formellen Anlässen die Hand gibt. Müssen sich nun die Ostdeutschen der westdeutschen Norm anpas-

sen, beispielsweise in der Kommunikation mit einem westdeutschen Chef, so erscheint ihnen dieser als arrogant, distanziert und unhöflich. Kommt der Westdeutsche wiederum in eine Situation, wo er sich dem ostdeutschen Verhalten anpassen muss, so erscheinen ihm diese als steif, altmodisch und aufdringlich. (Weitere Beispiele solcher Missverständnisse siehe Kasten.)

Das Beispiel Alltagsgespräche	
Ostdeutsche	Westdeutsche
Reden lieber über Mängel und was schiefgegangen ist, was fehlt, was man bräuchte, auch wenn es sehr persönlich ist	Reden lieber optimistisch und witzig Unpersönliches, leichte Themen und Nichtigkeiten
Vorteil: erzeugt Nähe und Solidarität, entschärft mögliche Konkurrenz	Vorteil: erzeugt positive Grundstimmung mit erhöhter Aufmerksamkeit fürs Positive
Nennen sich selbst: offen, leutselig, egalitär	Nennen sich selbst: fröhlich, witzig, geistreich, diskret
Nennen die Westdeutschen: oberflächlich, unpersönlich, angestrengt, maskenhaft, abweisend	Nennen die Ostdeutschen: larmoyant, unersättlich, aufdringlich

Quelle: Wagner, Wolf: Kulturschock Deutschland. Hamburg: Rotbuch, 1996, S. 145.

Das Beispiel Konfliktbereitschaft	
Ostdeutsche	Westdeutsche
Setzen auf Harmonie und überdecken Konflikte	Meinen, Konflikte müssten zur Klärung offen ausgetragen werden
Vorteil: man kommt mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner über die Runden	Vorteil: wenn die Klärung gelingt, bessere Zusammenarbeit
Nennen sich selbst: freundlich, solidarisch, harmonisch	Nennen sich selbst: offen, mutig, authentisch
Nennen die Westdeutschen: aggressiv, dominant, unsensibel	Nennen die Ostdeutschen: feige, scheinheilig

Quelle: Wagner, Wolf: Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick. Hamburg: Rotbuch, 1999, S. 144.

Verlusterfahrungen

Die oben beschriebenen Konflikte können auch als Verlusterfahrungen beschrieben werden: Was früher eine nützliche Fähigkeit war, gilt nun nichts mehr. Was früher funktionierte, gelingt nicht mehr. Die Fähigkeiten und das Wissen, das man sich angeeignet hatte, und die den Erfolg des eigenen Handelns und das eigene Selbstbewusstsein begründeten, waren entwertet, weshalb man sich wieder neue Fähigkeiten und neues Wissen aneignen musste. Erwachsene wurden in enormer Breite und Tiefe wieder zu Lernenden. Das kennt man aus der Situation von Immigranten. Auch Immigranten müssen die neuen Regeln des Einwanderlandes erlernen und befolgen. Die Feststellung, dass „wir nicht so sind“ oder dass „es früher anders war“, kann einem Immigranten nur selten als Handlungsmaßstab gelten. Meist hat der Immigrant zu lernen und sich anzupassen. Wie Immigranten hatten die Ostdeutschen zu lernen, wie die neue Gesellschaft funktioniert und welches ihre geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze sind. Und wie Einwanderer waren sie den Menschen gegenüber im Nachteil, die das alles schon mit der Muttermilch aufgesogen hatten. Insofern ist die Situation der Ostdeutschen mit denen von Immigranten vergleichbar – in einer anderen Beziehung jedoch nicht: Immigranten stellen immer eine besondere Auswahl der Bevölkerung dar, aus der sie entstammten. Emigranten/Immigranten sind jene, die in der Güterabwägung zwischen den Chancen des Heimvorteils der kulturellen Ansässigkeit *einerseits* und den Chancen der Trennung und des Neubeginns *andererseits* auf die Auswanderung gesetzt haben. Doch der so orientierte Teil der Ostdeutschen war spätestens in den frühen 1990er Jahren abgewandert. Bei der Trans-

formation in den neuen Bundesländern ist also jene Bevölkerungsgruppe mit den Mühen der Immigranten konfrontiert worden, die sich selbst nicht für die Emigration ‚entschieden‘ hätte. Es gibt noch einen anderen wichtigen Unterschied: Echte Immigranten können stets im Vergleich zu den aktuellen Verhältnissen in der einst verlassenen Heimat überprüfen, ob die Emigration tatsächlich den erhofften Zugewinn an Lebensqualität gebracht hat oder zumindest für die Kinder bringen wird. Sie können also absehen, ob sich der Assimilationsaufwand gelohnt hat oder lohnen wird. Und schließlich können echte Immigranten auch wieder rückwandern. Diese Möglichkeiten des Vergleichs und der Rückwanderung hatten die Ostdeutschen nicht mehr. Sie hatten ihr Land und ihre Kultur nicht verlassen und dennoch wurde diese Kultur allmählich unauffindbar. Das war in mancherlei Hinsicht ein Gewinn, und in anderer Hinsicht aber eine Verlusterfahrung.

Man kann die paradoxe Situation auch mit der Dimension von „Einheimischen“ und „Fremden“ beschreiben. Während des *Aufbaus Ost* waren die kulturellen Rollen zwischen Einheimischen und Fremden vertauscht. Für gewöhnlich ist der Fremde ein Außenstehender, der erst allmählich entschlüsseln kann, was vor sich geht. Im Besitz des wichtigen erklärenden Wissens um die geschriebenen und ungeschriebenen Regeln des Geschehens sind nur die Einheimischen. Sie haben gewissermaßen den Heimvorteil. Sie können den Fremden einweihen oder nicht. Und wenn sie letzteres tun, so hat der Fremde von den Einheimischen zu lernen. Das Paradoxe während der Transformation im Osten war nun, dass die Fremden – also die westdeutschen Aufbauhelfer – im Besitz des wichtigen Wissens um die geschriebenen und unge-

schriebenen Regeln waren, während das Wissen der Einheimischen zwar exklusiv – aber in der neuen Kultur recht wertlos war. Auch diese Verkehrung des üblichen Ver-

hältnisses zwischen Einheimischen und Fremden nährte auf Seiten der Ostdeutschen ein Gefühl des Verlustes.

